

Der Abend

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 8

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einspaltige Nonpareilzeile
80 Pf., Kellereizeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postkassen: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 87636. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Die Arbeitslosigkeit steigt.

Auch im Mai noch Zunahme in Berlin.

Die Entlastung des Arbeitsmarktes im Bereiche des landwirtschaftlichen Brandenburg vollzog sich in der Zeit vom 1. bis 15. Mai in einem noch geringeren Ausmaße als in der zweiten Aprilhälfte. Die Zahl der Arbeitsuchenden ging zwar noch zurück, die Abnahme entfiel jedoch lediglich auf die Provinz. In Berlin stieg dagegen wieder die Arbeitslosenziffer sowohl bei männlichen wie bei weiblichen Personen.

Der ständige Beschäftigungsrückgang in den wichtigsten Konjunkturgruppen (Metall-, Holz- und Schnitzstoffgewerbe) sowie Saisonschlus der Mantelkonfektion im Bekleidungsgebiete sind die Ursachen dieser erneuten Verschlechterung des Berliner Arbeitsmarktes. Die Verminderung der Arbeitsuchenden in der Provinz ist in der Hauptsache auf die Aufnahmefähigkeit der Außenberufe zurückzuführen. Aus dem Baugewerbe wird allgemein über eine auffallend langsame Entwicklung berichtet, desgleichen aus der Riegelindustrie. Im Braunkohlenbergbau dürfte immerhin die rückläufige Bewegung überwunden sein; verschiedenen Betriebe haben die Fehlerschichten gänzlich auf, andere schränkten sie bereits stark ein. Im Spinnstoffgewerbe waren stellenweise Anzeichen für eine baldige Besserung der Lage erkennbar.

In Brandenburg sank die Zahl der Arbeitsuchenden um 2725 auf 421 389 Personen, in Berlin stieg sie aber noch auf 316 960 Personen an. Am 15. Mai wurden in Berlin 173 106 Personen aus der Arbeitslosenversicherung, 42 498 Personen aus der Arbeitslosenversicherung unterstellt.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist höchst ernst. Der Höchstpunkt der Wirtschaftskrise scheint aber überschritten zu sein. In der Elektroindustrie hat sich in den letzten Wochen die Lage endlich etwas gebessert. Deutschland braucht schließlich die längst fälligen öffentlichen Auslandsanleihen und die ebenfalls längst fällige Senkung der Kartellpreise; dann muß es, wenn auch allmählich, wieder aufwärts gehen.

Unternehmer in die Parlamente!

Aufruf des Industriellenverbandes.

Heute hat im Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie dessen Präsident Geheimrat Duisburg eine bedeutsame politische Erklärung abgegeben. Die Industrie befindet sich an einem Punkte der innerpolitischen Entwicklung, wo die zunehmende Mutilation und Verdrossenheit dazu zwingt, neue Wege einzuschlagen. Nach der Staatsumwälzung sei die letzte Entscheidung auch in wirtschaftlichen Dingen in Hände gelegt worden, die in diesen Fragen weder hinreichend sachverständig noch bereit seien, die Verantwortung für diejenigen Entschlüsse zu tragen, von deren Folgen die Masse der Bevölkerung in erster Linie betroffen werde. Das Unternehmertum habe vergeblich gewarnt, um einen anderen Kurs der Wirtschaftspolitik zu erreichen. Diese Verhältnisse zwingen dazu, daß die Vertreter der Wirtschaft aus ihrer bisherigen Zurückhaltung herauszutreten, und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln aktiv handelnd an der Politik sich beteiligen. Es sei zu verlangen, daß die notwendige Verstärkung der politischen Aktivität Aufgabe und Pflicht der einzelnen Persönlichkeiten innerhalb der Wirtschaft werde. An alle verantwortlichen Leiter wirtschaftlicher Unternehmungen richtet Duisburg den Appell, sich nach Maßgabe ihrer Zeit und Kraft in den Volksvertretungen von Reich, Ländern und Gemeinden politisch zu betätigen.

Dieser Appell Duisburgs hat zweifellos erhebliche politische Bedeutung. Wenn Unternehmer stärker als jetzt im Reichstag vertreten sein wollen, dann müssen sie diese Vertretung in den Bürgerblockparteien finden, die jetzt regieren. Damit wird der Appell Duisburgs zu einer scharfen Misstrauenserklärung gegen die Politik des jetzigen Reichskabinetts und die stützenden Parteien. Die Öffentlichkeit, auch die Arbeiterschaft, wird sich freuen, wenn die deutschen Unternehmer in größerer Zahl in den Parlamenten erscheinen werden. Wenn sie dort Verantwortung übernehmen, werden sie den Unterschied von Krisistieren und verantwortungsvollem Handeln am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Die Unternehmer sollen beweisen, was sie können. Freilich ist daran zu erinnern, daß schon im Jahre 1924 nach der Beendigung der Inflation die Wirtschaft im Reich die Führung verlangt hat und der gleiche Appell an die deutschen Unternehmer erging, sich zur Übernahme praktischer Verantwortung in den Parlamenten zu melden, damals war es umsonst.

Die Heimwehr.



„Entwaffnen laß ich mich nicht. Wer schützt sonst Ruhe und Ordnung?“

Der Landtag beschlußunfähig.

Obstruktion von Eugenbergs bis Pied.

Die Freitagssitzung begann mit der dritten Lesung der erhöhten Grundvermögenssteuer. Nachdem in der Einzelberatung alle Änderungsanträge der Opposition abgelehnt waren, traten bei der Schlußabstimmung Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Kommunisten und kleinere Rechtsgruppen gemeinsam in die Obstruktion und machten das Haus beschlußunfähig.

Hierauf wurde die dritte Lesung des Haushalts fortgesetzt. Beim Etat des Innenministeriums führten die Abg. Heine-Barnen (Dnat.), Bork (Dnat.) und Bohje-Mitton (Nat.-Soz.) Beschwerde über die preussische Polizei und die preussische Personalpolitik. Abg. Heidenreich (D. Sp.) griff die Personalpolitik des Staatlichen Landesamtes an. — Die Debatte geht weiter.

Es wird geräumt.

Ueber Brüdenkopf Maximiliansau weht die Reichsflagge.

Karlsruhe, 23. Mai. Die französische Besatzung des Brüdenkopfes Maximiliansau (gegenüber Karlsruhe auf der pfälzischen Seite) hat gestern nachmittag in aller Stille die Tricolore eingezogen und den Brüdenkopf geräumt. Die Garnison ist zunächst nach Germersheim abgezogen, von wo aus ihr Rücktransport nach Frankreich erfolgt. Kurz vor ihrem Abzug hat die französische Besatzung die bisher von ihr benutzten Gebäude den örtlichen Behörden übergeben, die bald darauf unter freudiger Anteilnahme der Bevölkerung die deutsche Reichsflagge auf den Gebäuden hissten.

Brünings Finanzsorgen.

Nichts geht glatt; sogar der Finanzausgleich verschoben.

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, die sich mit der schwierigen Finanzlage beschäftigte, hat infolge der großen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien zu keinem Ergebnis geführt. Die Regierung Brüning, die sich gerühmt hatte, durch ihre Entschlossenheit Deutschland vor dem Finanzchaos gerettet zu haben, muß bereits jetzt wenige Wochen später betrübt eingestehen, daß der geforderte Ruhm auf Vorkurs nicht berechtigt gewesen ist. Nichts ist von ihren Ankündigungen in Erfüllung gegangen. Alle ihre Prophezeiungen haben sich jetzt bereits als falsch erwiesen. Daher muß man sich heute mit Lösungen beschäftigen, die man noch vor wenigen Wochen als unmöglich bezeichnete. Daher ist es zu verstehen, daß sowohl die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als auch alle anderen Vorschläge zur Sanierung der Reichsfinanzen auf erbitterten Widerstand innerhalb der Reichsregierung stoßen und das Tag für Tag vergeht, ohne daß die Regierung sich zu einem Entschluß aufzuraffen vermöchte.

Wie stark aber nicht nur in der Frage der Arbeitslosenversicherung und über die Sanierung der Reichsfinanzen die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien sind, das zeigt die Tatsache, daß die für die Finanzen der Länder und Gemeinden so überaus wichtige Frage des Finanzausgleichs unerledigt bleiben soll. Die Sitzung des Steueraussschusses über die Vorlage der Reichsregierung zum Finanzausgleich, die bereits mehrfach angelegt war, ist jetzt endgültig bis nach Pfingsten hinausgeschoben worden. Diese Verzögerung ist ein außerordentlich großer Nachteil für Länder und Gemeinden, denen es dadurch unmöglich gemacht wird, ihre Etats fristgemäß aufzustellen. Die Verschiebung der Beratungen über den Finanzausgleich hängt aber auch sachlich mit einem Vorstoß der süddeutschen Länder zusammen, die Verteilung der Reichssteuern nach einem ganz anderen Maßstab als bisher vorzunehmen. Würde dieser Vorstoß Erfolg haben, dann würden z. B. aus der Einkommensteuer Beiträge von vielen hundert Millionen, die in Norddeutschland ausgebracht werden, nach Süddeutschland fließen. Sachsen z. B. würde durch diesen neuen Verteilungsschlüssel 85 Millionen Mark Einkommen-

steuer weniger erhalten, während Bayern 82 Millionen mehr erhalten würde. Bayern würde dann im Ueberflusse schmelzen können, während der Freistaat Sachsen mit seinen schwierigen industriellen und wirtschaftlichen Verhältnissen zum dauernden Siechtum verurteilt würde.

Flugzeughallen versteigert.

Die rigorose Befahungsbehörde.

Mainz, 23. Mai. (Eigenbericht.) Am Donnerstag nachmittag wurden hier durch den Armeeverwaltungsrat der französischen Rheinarmee 25 Flugzeughallen versteigert. Davon befinden sich 21 auf dem Flugplatz Spener-Lachendorf und drei auf dem Flugplatz beim Griechheimer Lager bei Darmstadt. Eine Halle befindet sich auf dem Flugplatz bei Kaiserslautern. Alle Versuche der besetzten Regierung, die Versteigerung der Griechheimer Hallen mit Rücksicht auf den transatlantischen Flugverkehr durch Vorstellungen bei der französischen Befahungsbehörde zu verhindern, schlugen fehl. Sie wurden für 100 000 Franken (16 000 Mark) von einem Rülhauser Unternehmen ersteigert.

Die französischen Zivilangehörigen der Besatzung haben heute die Anweisung erhalten, sich darauf vorzubereiten, daß sie bis zum 14. Juni das besetzte Gebiet zu verlassen haben.

Flottenmanöver im Mittelmeersturm.

Resultat: 6 Torpedoboote, 5 U-Boote havariert.

Paris, 23. Mai. (Eigenbericht.) Die französischen Mittelmeer-Flottenmanöver sind am Donnerstag vorzeitig abgebrochen worden, nachdem noch einmal zwei U-Boote im Sturm schwer beschädigt worden waren. Die Gesamtzahl der bei diesem Manöver havarierten Schiffseinheiten beträgt bisher sechs Torpedoboote und fünf U-Boote. Der Marineminister Dumesnil, der von den Manövern direkt im Flugzeug nach Algier hinüberflog, gab dort bekannt, daß in den nächsten Tagen ein neuer

